

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 D8
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 88 846 pppn d

Inhalt

Herbert Ehrenberg MdB,
Bundesminister für Arbeit
und Sozialordnung, unter-
streicht, daß sich die
sozial-liberale Gesund-
heitspolitik bewährt hat:
Erfolgreiche Kostendäm-
pfung.

Seite 1/2

Elfriede Eilers MdB ent-
larvt das Vorhaben der CDU,
sich mit Leerformeln als
Familienpartei zu empfeh-
len: Ein plumper Versuch.

Seite 3/4

Ulrich Dübber MdB zeigt,
wie das freie Spiel der
Marktwirtschaft aus In-
formation Desinformation
macht: Bildschirmtext
zwecks Irreführung.

Seite 5

Dokumentation

William S. Schlam: Wenn
Strauß Kanzler wird.

Seite 6/7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

35. Jahrgang / 153

13. August 1980

Erfolgreiche Kostendämpfung

Sozial-liberale Gesundheitspolitik hat sich bewährt

Von Dr. Herbert Ehrenberg MdB
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung

Die Verbesserung der Leistungsfähigkeit unseres Gesund-
heitswesens wurde bis 1976 durch die Kostenentwicklung
überschattet. Die Ausgaben in der gesetzlichen Kranken-
versicherung waren erheblich stärker gestiegen als die
Löhne und Gehälter. Dies führte zu Beitragssteigerungen,
und zwar von 8,2 Prozent 1970 auf 11,3 Prozent 1976. Die
Leistungsfähigkeit und Belastbarkeit der Beitragszahler
drohte überfordert zu werden.

Mit dem Krankenversicherungskostenkämpfungsgesetz hat die
Bundesregierung zum ersten Mal Instrumente geschaffen, die
mehr Wirtschaftlichkeit und mehr Kostenbewußtsein bei
gleichzeitiger Garantie eines hohen medizinischen Stan-
dards erbracht haben. Das Kostendämpfungsgesetz hat seine
Ziele erreicht: Seit 1977 sind die Beiträge in der gesetz-
lichen Krankenversicherung so gut wie nicht mehr gestie-
gen, 1979 sind sie sogar leicht gesunken. Die Maßnahmen
des Kostendämpfungsgesetzes ermöglichen eine weitere Ver-
besserung der medizinischen Versorgung bei stabilen Bei-
tragssätzen.

Ende 1977 wurde im Rahmen der gesetzlichen Maßnahmen zur
Kostendämpfung die Konzertierte Aktion im Gesundheitswe-
sen konstituiert, in der alle am Gesundheitswesen Betei-
ligten vertreten sind. Das Gremium tritt zweimal jährlich



zusammen, um Empfehlungen über den Kostenanstieg in den verschiedenen Bereichen des Gesundheitssystems zu geben und um strukturelle Probleme des Gesundheitswesens zu beraten.

Die Konzertierte Aktion hat in den Jahren 1978 und 1979 ihre Aufgabe erfüllt und gemeinsame Empfehlungen abgegeben, wodurch wesentliche Beiträge zur Kostenstabilisierung geleistet wurden. Sie hat darüber hinaus bereits gemeinsame Empfehlungen zu Fragen der Gesundheitsvorsorge, der Arzneimittelversorgung, des Ärztebedarfs, der Qualität der ärztlichen Ausbildung und des Abbaus von Überkapazitäten im Krankenhausbereich erarbeitet. In der nächsten Sitzung am 24./25. November werden sich die Mitglieder der Konzertierten Aktion vor allem mit dem Thema der Humanität im Krankenhaus beschäftigen und die Diskussion über die Möglichkeiten der Kostendämpfung bei Heil- und Hilfsmitteln und zahntechnischen Leistungen fortsetzen.

Bei aller Kostendiskussion ist bisweilen aus dem Blickfeld geraten, daß seit 1969 der Schutz der gesetzlichen Krankenversicherung umfassend erweitert worden ist. Der Krankenversicherungsschutz für Angestellte wurde durch die Erhöhung und Dynamisierung der Versicherungspflichtgrenze und durch die Öffnung der gesetzlichen Krankenversicherung für nichtversicherungspflichtige Angestellte ausgebaut. Alle Studenten wurden in den Schutz der gesetzlichen Krankenversicherung einbezogen. Es wurde ein Rechtsanspruch auf Früherkennungsuntersuchungen eingeführt, und für alle Landwirte wurde eine neue Krankenversicherung geschaffen. Der Rechtsanspruch auf zeitlich unbegrenzte Krankenhauspflege wurde begründet. Vater und Mutter haben ein Recht auf fünftägige Freistellung von der Arbeit bei vollem Lohnausgleich, wenn ein erkranktes Kind unter acht Jahren zu pflegen ist.

Seit 1977 ist die häusliche Krankenpflege Pflichtleistung der Krankenkassen. Die Kasse muß erkrankten Versicherten in ihrem Haushalt oder in ihrer Familie neben der ärztlichen Behandlung unter bestimmten Voraussetzungen auch pflegerische Betreuung gewähren.

Die weitere Verbesserung der medizinischen Versorgung ist notwendig. Vorsorge und Vorbeugung müssen weiter ausgebaut werden. Einen ersten Schritt haben wir im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Sozialgesetzbuches - Verwaltungsverfahren - durch den Bundestag getan.

Die Altersgrenze bei Frauen für Untersuchungen zur Früherkennung von Krebs wird von 30 Jahre auf 20 Jahre herabgesetzt.

Im Rahmen einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe unter Vorsitz des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit sind Überlegungen für einen bedarfsgerechten Aus- und Aufbau ambulanter und stationärer Pflegedienste erarbeitet und Vorschläge für eine verbesserte soziale Sicherung Pflegebedürftiger entwickelt worden. Die Betreuung von alten und behinderten Bürgern ist ein Schwerpunkt des Zivildienstes geworden. Die Zahl der mit der Betreuung Pflegebedürftiger beschäftigten Zivildienstleistenden ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Zusätzliche Arbeitsplätze im Bereich der ambulanten sozialen Dienste wurden durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gefördert. Damit wurde auch ein Beitrag zur Verbesserung der Lebenssituation älterer und behinderter Bürger geleistet.

(-/13.8.1980/ks/ca)



Ein plumper Versuch

Die CDU versucht sich mit Leerformeln als Familienpartei zu empfehlen

Von Elfriede Eilers MdB

Parlamentarische Geschäftsführerin der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Es gehört gewissermaßen schon zum festen Repertoire der CDU/CSU-Opposition, auf die angeblich materiell schlechte Lage der Familien hinzuweisen und den Geburtenrückgang zu dramatisieren. Für ihre Schwarzmalerei findet die CDU/CSU starke Worte wie "Kinderreichtum ist gleichbedeutend mit sozialem Abstieg" oder schlicht "ein Volk stirbt aus".

Diese Haltung muß die Opposition spätestens jetzt revidieren, denn ihre alten Thesen halten neueren wissenschaftlichen Untersuchungen und aktuellen statistischen Daten nicht länger stand:

- Eine anhaltende Heiratsfreudigkeit der Bundesbürger widerlegt die Befürchtungen der CDU/CSU-Sprecher, daß infolge der Eherechtsreform keine Ehen mehr geschlossen würden: Im Mai 1980 wurden 17,9 Prozent mehr Eheschließungen registriert als im entsprechenden Vorjahresmonat.
- In den ersten fünf Monaten dieses Jahres wurden 6,5 Prozent mehr Kinder geboren als zwischen Januar und Mai 1979.

Steigende Heirats- und Geburtenziffern bestätigen indessen nur, was von der Bevölkerungspyramide her vorhersehbar war, aber eben nicht in das ideologische Konzept der Opposition paßte.

Ein in diesen Tagen vorgelegtes Gutachten über "Bevölkerungsentwicklung und nachwachsende Generation", das das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit in Auftrag gegeben hatte, ging auch den Bestimmungsfaktoren nach, die zwischen 1885 und 1930 sowie seit 1965 zu einem Geburtenrückgang geführt haben. Die Gutachter warnen nachdrücklich davor, eine bestimmte quantitative Bevölkerungsentwicklung als politisches Ziel anzustreben. Sie teilen die Auffassung der Bundesregierung, daß die mit dem Bevölkerungsrückgang verbundenen Probleme zu bewältigen sind. Im Übrigen werden die dort gegebenen Analysen und Empfehlungen in nächster Zeit eingehend zu prüfen und in politische Entscheidungen einzubeziehen sein.



Auch die Einkommenslage der Familien ist besser als erwartet, wie ein Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung empirisch belegt. So hat sich zwischen 1970 und 1979 das verfügbare Einkommen der Familien, das sich aus Löhnen, Gehältern, Kindergeld, Wohngeld, Ausbildungsförderung und so weiter zusammensetzt, verdoppelt; ein erheblicher Anteil der kinderreichen Familien findet sich in den höheren Einkommensgruppen. Damit läßt sich die pauschale Behauptung von der Armut der Kinderreichen nicht länger aufrechterhalten, wohl aber wissen wir jetzt exakt, welche Familien am unteren Ende der Einkommensskala liegen. Es kann jemanden, der mit Frauenpolitik befaßt ist, kaum überraschen, daß es vor allem die alleinerziehenden Mütter sind - eine der Minderheitengruppen, für die sich Sozialdemokraten von ihrer Tradition her eingesetzt haben und auch weiterhin einsetzen werden.

Die Resultate des DIW-Gutachtens bestätigen die Haltung der Sozialdemokraten, die sich in der Vergangenheit für materielle Hilfen wie Kindergeld- und Wohngelderhöhungen eingesetzt haben. Sie bieten zugleich eine wissenschaftlich abgesicherte Ausgangsposition dafür, die künftige Familienpolitik gezielt auf die einkommensschwachen Familien abzustellen. Bundesfamilienministerin Antje Huber zeigte die Richtung der künftigen Politik auf: "Weg von der Gießkanne - künftige Familienpolitik muß die begrenzten finanziellen Mittel zielgerichteter nach dem Bedarf einsetzen, so daß insbesondere einkommensschwächere Familien und Alleinerziehende in den Genuß künftiger Aufstockungen kommen."

Ein solches politisches Augenmaß, begrenzte finanzielle Mittel sozialgerecht und wirkungsvoll einzusetzen, vermißt man dagegen bei der Opposition. "Die Union wird deshalb die sozialen Schwellen abbauen, die maßgeblich das Geburtendefizit in der Bundesrepublik Deutschland verursacht haben", um ein von der CDU-Bundesgeschäftsstelle herausgegebenes Flugblatt zu zitieren.

Dies ist nichts anderes als ein ebenso billiger wie plumper Versuch der Opposition, sich mit Leerformeln als Partei der Familie darzustellen. Bei den Gründen, die in allen Industrienationen zu einem kontinuierlichen Geburtenrückgang geführt haben, handelt es sich primär um veränderte gesellschaftliche Lebensbedingungen, nicht aber um "soziale Schwellen". Was also will die CDU "abbauen"? Sollte sie damit etwa Hilfen oder Leistungen für Familien gemeint haben? Dem würden sich sozialdemokratische Familienpolitiker mit allem Nachdruck widersetzen. Wenn man, wie die CDU, mit nichtssagenden Leerformeln künftige Politik umschreibt und durch Weglassungen von ihrer eigenen Entscheidungsschwäche ablenkt, dann ist man versucht, "soziale Schwelle" mit gelstiger Begrenztheit gleichzusetzen.

(-/13.8.1980/ks/ca)

+ + +



Bildschirmtext zwecks Irreführung

Das freie Spiel der Marktwirtschaft macht aus Information Desinformation

Von Dr. Ulrich Dübber MdB

Mitglied der Arbeitsgruppe Medien der SPD-Bundestagsfraktion

Schleppend sei der Feldversuch der Bundespost mit dem neuen Medium Bildschirmtext angelaufen, so ist es aus der Industrie- und Handelskammer Berlin zu hören. Auch in Düsseldorf wird kritisch über das dortige Experiment mit diesem Medium berichtet. Erst 300 von möglichen 2.000 Teilnehmern sind angeschlossen.

Die Landesgesetzgeber in Berlin und Nordrhein-Westfalen hatten verfügt, daß Werbung als solche gekennzeichnet und "weder unverlangt noch gleichzeitig mit anderen Informationen oder Diensten übermittelt" werden darf. Jetzt, nach zwei Monaten Erfahrung, berichtet die Verbraucher-Zentrale in Düsseldorf über massive Versuche, diese Vorschrift zu umgehen. Die Werbung kommt durch die Hintertür.

In Düsseldorf, so wird berichtet, findet der Teilnehmer unter der Rubrik "Verbraucherinformationen, Rat, Hilfe" unter dem Stichwort "Notdienste, Erste Hilfe, Seelsorge" die Lobpreisung des technischen Kundendienstes eines großen Versandhauses oder das Angebot eines besonders preisgünstigen "flüsternden Rasenmähers".

Wer in Berlin die nächste Flugverbindung nach Nürnberg abfragen will, bekommt über die Zwischenschritte Verkehr, Luftverkehr den Flugplan der Firma British Airways auf den Bildschirm geworfen. Die aber fliegt nicht nach Nürnberg. Was jetzt tun, fragt sich ratlos der potentielle Flugpassagier nach Nürnberg?

Er weiß eben nicht, wer in Berlin publizistisch das Sagen hat. Sonst würde er nämlich immer erst einmal beim allgegenwärtigen Verlagshaus Axel Springer einholen. Denn: die Flugverbindungen von Berlin nach Nürnberg, München, Frankfurt und Hamburg können auf dem Fernsehschirm ausschließlich über das Stichwort "Berliner Morgenpost" abgefragt werden, von der dann zu erfahren ist, wie man sich weiter an den Flugplan herantastet.

Dieses Informationskartell, das mehr der Desinformation dient, ist möglich, weil sich die Bundespost als Netzträger gegenüber den Inhalten strikt zurückhält. Das ist politisch auch richtig, beweist aber, in welches Chaos solch ein neues Medium gerät, wenn es ausschließlich dem freien Spiel der Privatwirtschaft überlassen bleibt. Flugpläne als "Herrschaftswissen" eines Zeitungskonzerns - darauf wäre nicht einmal der "mündige Bürger" gekommen, der sich doch nach bestimmten Vorstellungen aus 30 (privaten) Fernsehprogrammen sein eigenes Urteil bilden soll.
(-/13.8.1980/bgy/ca)

+ + +



Dokumentation

In einer sogenannten Bürgerzeitung haben die Strauß-Claqueure Jutta Heine, Ludek Pachman und Gerhard Löwenthal die Behauptung aufgestellt, "ein" stellvertretender SPD-Vorsitzender habe im März 1958 die Parole ausgegeben: "Strauß ist als Feind Nummer 1 der Sozialdemokraten zu betrachten." Gleichzeitig kündigt das konservative Konsortium an: "Wir werden dafür kämpfen, daß Franz Josef Strauß der nächste Bundeskanzler wird." Zur Wiederherstellung der historischen Wahrheit dokumentieren wir nachstehend im Auszug, was ein anderer Konservativer, William S. Schlamm, über Strauß schrieb, nachdem er 1957 zwölf Monate die Bundesrepublik besucht hatte. Der Spiegel veröffentlichte Schlamm's Einschätzung am 17. Juni 1959 unter der Überschrift:

WENN STRAUSS KANZLER WIRD

Wer also wird Adenauers Erbe sein? Sofern es auf animalischen Magnetismus und innere Triebkraft ankommt, ist nur ein Kandidat sichtbar - der Verteidigungsminister Franz Josef Strauß. Dieser junge Mann (Jahrgang 1915) ist wahrscheinlich das einzige politische Talent, das in Adenauers unfruchtbarem Regierungsgarten gewachsen ist.

Strauß ist tüchtig, von Ehrgeiz getrieben wie von Furien, ein unerschöpflicher Arbeiter, intelligent und sogar neugierig. Aber es wäre sehr schwierig zu sagen, woran er wirklich glaubt. Denn obwohl er Adenauers streitbarster Mitarbeiter ist (ganz gewiß der eindrucksvollste Redner seiner Partei und der einzige Mann, den sie bei großen Anlässen im Bundestag unfehlbar vorschicken muß), er streitet nur für das, woran Adenauer glaubt.

Er selbst hat während seines raschen und steilen politischen Aufstiegs zur Macht ungefähr alle möglichen Positionen in den wesentlichen Fragen eingenommen. (Vor ein paar kurzen Jahren zum Beispiel war Strauß ein Opponent der vollen deutschen Wiederbewaffnung.) Die wahrhaft beängstigende Tatsache ist, daß keiner seiner vielen Feinde keine dieser Stellungn. st nimmt. Strauß ist nämlich einer jener Politiker, die erst herauszufinden suchen, welche Stellungnahme ihm die meisten politischen Dividenden einbringt, ehe er si festlegt...



Er ist witzig; aber in allen seinen Reden sind unverwischbare Spuren von Teutonentum, jene Art von Pathos, dessen der strenge Dr. Adenauer nie fähig war. Strauß ist in seiner Weise liebenswürdig - und dennoch fast genau das, was die Franzosen meinen, wenn sie sachlich "boche" sagen.

Es ist Schwere in ihm, aber keine Solidität. Er hat den Gusto, die Kraftfülle, den Ehrgeiz eines "berufenen" Führers, aber es fehlte ihm dessen Substanz, die innere Heiterkeit, die unverrückbare Treue zu einer zentralen Idee. Er mag trotz all dem Adenauers wahrer Nachfolger sein. Aber wenn er es ist, dann wird Deutschland bald von jener Variante politischer Leidenschaft bewegt sein, die es unter Adenauers strenger Autorität nicht gab.

Wenn nämlich Strauß die Kanzlerschaft übernimmt, dann könnte seine eigene Partei von unversöhnlichen Gegnern eines Strauß-Regimes bald auseinandergerissen werden. Die Tendenzen nach einer großen Koalition mit der Sozialdemokratie waren innerhalb der CDU/CSU selbst unter Dr. Adenauer nicht unbeträchtlich, aber Adenauer zertrat diese einfach. Wenn er abtritt, müssen diese Tendenzen notwendigerweise wieder aufleben, insbesondere dann, wenn Strauß einen erheblichen Teil der CDU/CSU beleidigt.

Aber auch davon abgesehen würde die Sozialdemokratie in Franz Josef Strauß, trotz all seinen Talenten, genau den Gegner gefunden haben, nach dem sie sich sehnt: Er ist aufs Haar die Zielscheibe, auf der die Sozialdemokratie nach Jahren verzweifelter Blindgängerei endlich ins Schwarze treffen könnte.

Alle politischen Beobachter Deutschlands sind sich einig, daß Adenauers letzte Wahlsiege seine persönlichen Triumphe waren; daß also seine Partei, die CDU, bestimmt weniger repräsentiert als die absolute Mehrheit, die sich immer wieder auf Adenauer einigen konnte. Wenn der provokante, nicht sehr taktvolle, zweifellos grobe Strauß die CDU/CSU in die nächsten Wahlen zu führen hätte, dann könnte man mit gutem Grund auf einen sozialdemokratischen Sieg wetten: Herrn Ollenhauers Partei erfaßte 1958 etwa 35 Prozent der deutschen Wähler, und das im Glanze Adenauers. Eine Straußsche CDU/CSU könnte sehr leicht die zehn Prozent der Stimmen verlieren, die Ollenhauer braucht...

Wenn es also Strauß erlaubt wird, Adenauer abzulösen, dann wird er entweder den Sozialdemokraten die Regierungstüren öffnen, oder aber er wird versuchen, mit den gefährlichsten Finten autoritärer Intrige diesem Unfall zu entriechen. In beiden Fällen geriete Deutschland in ein Sturmzentrum. (-/13.8.1980/ks/ca)

+ + +

